

Die Ölraffinerie in Isfahan ist die größte des Landes / picture alliance / Anadolu | Fatemeh Bahrami

Wirtschaft der Islamischen Republik

Der selbstverschuldete Niedergang des Iran

Der Iran ist reich an Rohstoffen, reich an Bevölkerung und strategisch begünstigt. Dennoch ist seine Wirtschaft weit hinter Saudi-Arabien und die Emirate zurückgefallen. Ergebnis einer staatsdominierten Ökonomie, der islamistischen Variante einer Kommandowirtschaft.

VON WAHIED WAHDAT-HAGH am 22. April 2026 9 min

0:00 / 12:09

Der Iran ist nicht an Voraussetzungen arm. Das Land verfügt über große Öl- und Gasreserven, über fast 88 Millionen Einwohner und über eine geografische Lage, die es eigentlich zu einem blühenden Wirtschaftsraum zwischen dem Golf, Zentralasien und Südasien machen müsste. Gerade deshalb fällt sein Niedergang so stark auf.

Nicht der Mangel an Ressourcen erklärt die Schwäche der iranischen Wirtschaft, sondern die totalitäre Art, wie sie regiert wird. In den siebziger Jahren galt der Iran als aufstrebendes Schwellenland. Von der früheren Stärke ist wenig geblieben. Umso größer ist die Fallhöhe des heutigen Abstiegs.

Schon die Grundgröße der Volkswirtschaft zeigt, wie weit das Land im regionalen Vergleich zurückgefallen ist. Der Internationale Währungsfonds kommt im April 2026 für den Iran auf ein nominales Bruttoinlandsprodukt von 300,29 Milliarden Dollar.

Die innere Erosion

Hinzu kam die Abwertung des Rial in den letzten Jahren. Im Innern zeigt sich der Verfall vor allem an der Geldwertstabilität. Für 2024 weist die Weltbank eine Verbraucherpreisinflation von 32,5 Prozent aus. Seit dem Krieg war in der Exilpresse in den vergangenen Wochen wiederholt von 150 bis 200 Prozent Inflation die Rede. Tatsächlich weitet die islamistische Diktatur ihre monetären Spielräume immer weiter aus, um den inneren Repressionsapparat ebenso wie das regionale terroristische Miliznetzwerk zu finanzieren. Dazu gehören neben den Revolutionsgarden und staatsnahen Patronagestrukturen auch ausländische, irannahe Terrorgruppen wie die afghanische Fatemiyoun-Division, die pakistanische Zainabiyoun-Brigade sowie irakische Milizen wie Kataib Hezbollah und Kataib Sayyid al-Shuhada, die die Demokratiebewegung zerschlagen und unbewaffnete Iraner auf offener Straße erschießen.

Lesen Sie auch



C+ **Trumps Krieg gegen den Iran**

„Die Brüche im Regime werden immer sichtbarer“

Der Iran erlebt eine anhaltend extreme Teuerung, die Kaufkraft zersetzt. Seit dem Krieg ist die Unsicherheit weiter gestiegen, Investitionen sind zurückgegangen, Lieferketten wurden beschädigt. Das schlägt auf Produktion und Beschäftigung durch, mit der Folge steigender Arbeitslosigkeit. *Reuters* berichtet über beschädigte Fabriken, Kraftwerke, Verkehrswege und viele tausend betroffene Beschäftigte in Industriezentren wie Khuzestan und Isfahan. Der Krieg hat den Arbeitsmarkt offenkundig gänzlich erschüttert.

Das Land verfügte 2024 weiterhin über eine beachtliche industrielle Basis: Industrie einschließlich Bau erreichten 36,1 Prozent des BIP, die verarbeitende Industrie 20,6 Prozent. Besonders wichtig ist der chemie- und petrochemienahe Block. Chemikalien machten zuletzt rund ein Viertel der Wertschöpfung innerhalb der verarbeitenden Industrie aus; umgerechnet entspricht das gut fünf Prozent des BIP. Hinzu kommt ein petrochemischer Exportsektor, der nach von *Reuters* referierten Angaben im Normalzustand rund 29 Millionen Tonnen im Wert von etwa 13 Milliarden Dollar pro Jahr erlöst, also rund 2,74 Prozent des BIP. Gerade dieser Bereich ist durch Krieg, beschädigte Infrastruktur und unterbrochene Ausfuhrwege besonders anfällig.

Die politische Ökonomie der Macht

Wer den Niedergang der iranischen Wirtschaft verstehen will, darf nicht nur auf Sanktionen, Krieg und Handelshemmnisse verweisen. Er muss auch die Eigentums- und Machtstruktur des Systems betrachten. Ein normaler marktwirtschaftlicher Kern, der frei von politischem Zugriff operieren könnte, existiert nicht. Schon vor Jahren wurde im Iran selbst der eigentliche Privatsektor nur auf etwa ein Fünftel der Wirtschaft geschätzt. Die Revolutionsgarden, staatsnahe Konglomerate, religiöse Stiftungen, Patronagenetzwerke dominieren fast den gesamten Rest der Ökonomie. Der Grundbefund lautet, dass wirtschaftliche Macht im Iran vor allem politisch verteilt wird.

Der Iran ist kein bloßes Patronagegebilde und auch kein reiner Rentierstaat. Man kann durchaus von einer islamistischen Variante einer Kommandowirtschaft sprechen, einer staatsdominierten Ökonomie, in der der eigentliche Privatsektor nur einen kleinen Teil ausmacht und selbst dieser unter politischem und ideologischem Zugriff steht. Eine freie marktwirtschaftliche Leistung zählt nicht, wohl aber die Nähe zu Diktatur, Stiftungen und Revolutionsgarden, sogar bei den Gewerkschaften.

Lesen Sie auch



Iran-Krieg
Teherans Weg in die Apokalypto-Junta

Der Krieg hat einen Teil dieser Ökonomie schwer getroffen. *Reuters* beschreibt unterbrochene Lieferketten, Handelsschäden und massive Einkommenseinbußen. Jener Teil der Wirtschaft, der nicht über die Schutzmacht von Staat, Revolutionsgarden und Patronagenetzwerken verfügt, ist besonders anfällig für die Folgen des Krieges.

Hinzu kommen die staatlichen Prioritäten. Offiziell gab der Iran 2024 rund 2,01 Prozent seines BIP für Militär aus. In den vergangenen Jahren bewegte sich die Quote meist in einer Größenordnung zwischen zwei und drei Prozent. Das ist für sich genommen noch keine spektakuläre Zahl. Aussagekräftig wird sie erst mit dem methodischen Vorbehalt, den SIPRI und die Weltbank selbst nahelegen: Die Rolle der Revolutionsgarden, intransparente Haushaltsstrukturen und mögliche außerbudgetäre Kanäle machen die offiziellen Angaben eher zu einer Untergrenze als zu einem vollständigen Bild der sicherheitsrelevanten Ausgaben.

Milliardenausgaben für Proxy-Netzwerke

Das gilt erst recht für Tunnelbau, unterirdische Raketeninfrastruktur und andere schwer sichtbare militärische Projekte. Für diese Posten gibt es öffentlich keine verifizierte Gesamtsumme. Man weiß, dass solche Anlagen existieren. Man weiß nicht, wie sie in den offenen Budgets vollständig erscheinen, ob sie regulär, IRGC-nah oder über infrastrukturelle Nebenkanäle finanziert werden und welcher Teil überhaupt in den internationalen Reihen sichtbar wird. Seriös lässt sich deshalb nur sagen: Offiziell liegt die Militärquote bei rund zwei Prozent des BIP; die tatsächliche sicherheitsrelevante Gesamtbelastung dürfte höher liegen.

Ähnlich verhält es sich mit den Proxy-Ausgaben. Auch hier gibt es keine öffentlich verifizierte, auditierte Gesamtsumme. Für die Hisbollah zirkulierten lange amerikanische Angaben von rund 700 Millionen Dollar jährlich; *Reuters* zitierte im November 2025 einen amerikanischen Sanktionsbeamten mit der Aussage, der Iran habe 2025 etwa eine Milliarde Dollar an die Hisbollah geleitet. Für palästinensische Gruppen einschließlich Hamas verweisen amerikanische Regierungs- und Kongressquellen seit Jahren auf Größenordnungen von bis zu 100 Millionen Dollar jährlich.

Lesen Sie auch



Europa und der Iran-Krieg
Gemecker vom Spielfeldrand ist keine Außenpolitik

Für irakische irannahe Milizen ist die Lage diffuser; *Reuters* berichtete Ende 2024 über ein Schmuggelnetzwerk, das mindestens eine Milliarde Dollar pro Jahr, teils mehr als drei Milliarden, für den Iran und seine Proxys generiere. Das ist allerdings eine verdeckte Finanzierungsstruktur. Mehr als ein Mindestbefund ist deshalb nicht möglich: Die direkt bezifferbare Unterstützung nichtstaatlicher Proxys liegt ungefähr im Bereich von 0,8 bis 1,1 Milliarden Dollar pro Jahr; die reale Größenordnung dürfte höher sein.

Der Vergleich mit den Nachbarn

Erst vor diesem Hintergrund gewinnt der Vergleich mit den Nachbarn und anderen Schwellenländern seine volle Schärfe. Nach den Zahlen des IWF vom April 2026 kommt, wie oben beschrieben, der Iran nur noch auf ein nominales BIP von 300,29 Milliarden Dollar. Saudi-Arabien liegt bei 1,39 Billionen, die Vereinigten Arabischen Emirate bei 621,55 Milliarden und Katar bei 217,42 Milliarden Dollar. Unter den größeren Schwellenländern nennt der Fonds für Brasilien 2,64 Billionen, für Mexiko 2,12 Billionen und für Südkorea 1,93 Billionen Dollar.

Die Rangfolge ist eindeutig: Brasilien vor Mexiko, vor Südkorea, vor Saudi-Arabien, vor den Emiraten, vor Iran und vor Katar. Politisch und militärisch bleibt der Iran wichtig und gefährlich. Ökonomisch aber ist er weit hinter jene Staaten zurückgefallen, mit denen er sich geografisch, historisch oder geopolitisch vergleichen lässt.

Noch ernüchternder wird dieses Bild, wenn man die Bevölkerungszahlen danebenlegt. Nach IWF-Daten leben in Brasilien rund 214,1 Millionen, in Mexiko gut 133 Millionen, in Iran 87,9 Millionen, in Südkorea 51,6 Millionen, in Saudi-Arabien 36,7 Millionen, in den Emiraten 11,5 Millionen und in Katar 3,2 Millionen Menschen. Der Iran ist also keineswegs klein, sondern bevölkerungsmäßig hinter Brasilien und Mexiko die Nummer drei in dieser Gruppe. Gerade darin liegt die Pointe: Am Golf tritt der Kontrast besonders scharf hervor. Saudi-Arabien zählt nicht einmal halb so viele Einwohner wie der Iran, erwirtschaftet aber ein nominales BIP, das um ein Mehrfaches größer ist. Die Emirate bringen mit gut elf Millionen Einwohnern mehr als doppelt so viel Wirtschaftsleistung hervor wie die Islamische Republik. Katar ist als Gesamtwirtschaft kleiner, gehört wegen seiner geringen Bevölkerungszahl aber weiterhin zu den wohlhabendsten Staaten der Welt.

Lesen Sie auch



C+ **Israels nördlicher Nachbar**

Kann sich der Libanon aus dem Würgegriff von Hisbollah und Iran befreien?

Der Iran dagegen verbindet große Bevölkerung, Rohstoffreichtum und strategische Lage mit einer im Verhältnis dazu auffallend kleinen Wirtschaftskraft. Das verweist auf ein strukturelles Versagen. Während Saudi-Arabien und die Emirate diversifizieren, Infrastruktur ausbauen und ihre Staaten für Kapital und Dienstleistungen lesbarer machen, bleibt der Iran in einer Mischung aus Isolation, Willkür und Fehlsteuerung gefangen.

Das Institute for Science and International Security geht davon aus, dass sich die tatsächlichen Ausgaben des iranischen Atomprogramms öffentlich nicht präzise beziffern lassen, weil zentrale nuklearrelevante Strukturen finanziell nur unvollständig sichtbar sind. Nach Einschätzung des Instituts bilden die offiziellen Haushaltszahlen daher nicht die realen Gesamtkosten, sondern nur

einen begrenzten und teilweise abgeschirmten Ausschnitt ab. Eine atomare Bewaffnung Irans könnte ein nukleares Wettrüsten im Nahen Osten in Gang setzen.

Der strategische Preis

Hinzu kommt eine politische Wirklichkeit, die wirtschaftlich kaum zu überschätzen ist. Saudi-Arabien und die Emirate hatten in den vergangenen Jahren versucht, ihr Verhältnis zu Teheran pragmatisch zu stabilisieren. Dieses Grundvertrauen ist weitgehend zerstört. *Reuters* berichtete Ende März 2026, die Golfstaaten hätten Washington klargemacht, ein bloßer Waffenstillstand reiche nicht; Irans Fähigkeit, die Straße von Hormuz als Druckmittel einzusetzen, müsse beendet werden, ebenso seine Drohnen-, Raketen- und Proxy-Fähigkeiten.

Wenige Wochen später berichtete *Reuters* zudem über die Sorge der Golfstaaten, laufende Gespräche könnten Irans strategischen Griff auf Hormuz eher zementieren als entschärfen. Für die Golfmonarchien ist das keine abstrakte Sicherheitsfrage, sondern ein ökonomisches Kerninteresse. Wer seinen Wohlstand auf Offenheit, Kapitalverkehr, Energieflüsse und Logistik gründet, kann mit einem Nachbarn, der gerade diese Lebensadern zu instrumentalisieren versucht, kein belastbares Normalverhältnis unterhalten.

Lesen Sie auch



Iran-Krieg

Das Rote Meer – ein Ersatz für die Straße von Hormus?

Damit liegt der Kern des Problems offen zutage. Der Iran ist nicht einfach ein großes Land in vorübergehender wirtschaftlicher Not. Er ist eine Diktatur, in der ideologische Herrschaftssicherung, außenpolitische Machtprojektion und institutionelle Intransparenz regelmäßig Vorrang vor ökonomischer Rationalität haben. Ein Land, das Kapital abschreckt, seine Währung entwertet, produktive Sektoren politisch übersteuert und zugleich außenpolitisch terroristische Einflusszonen finanziert, produziert keine Modernisierung, sondern Stagnation. Darin liegt der eigentliche Grund, weshalb der Iran heute nicht nur ökonomisch, sondern auch strategisch an Boden verliert.

Gerade deshalb haben die Iraner mehr verdient als die bloße Fortdauer dieser Diktatur. Sollte sich Qalibaf als dauerhafte Machtfigur durchsetzen, wäre eher mit einer weiteren Zuspitzung der totalitären Macht der Revolutionsgarden innerhalb der islamistischen Diktatur zu rechnen als mit politischer Öffnung. Denn Qalibaf ist kein Gorbatschow. Das könnte der Islamischen Republik ein längeres Überleben sichern, nicht aber den Weg in eine freiere und produktivere Zukunft öffnen. Die Iraner verdienen nicht die Konservierung dieser Diktatur, sondern ihre Überwindung.

Mehr lesen über

Iran | Revolutionsgarden | Naher Osten

Islamismus

Diskutieren Sie mit ▾

INNENPOLITIK

Die deutsche Migrationsdebatte führt ins Nichts

Wenn Schule zum Schauplatz von Ideologie und Überforderung wird

Halt auf halber Strecke

AUSSENPOLITIK

Teherans Weg in die Apokalypto-Junta

Gemecker vom Spielfeldrand ist keine Außenpolitik

„Größte humanitäre Krise der Gegenwart“

WIRTSCHAFT

Der Schatten des Atomausstiegs wird länger

Die Energiewende ist noch teurer, als Sie glauben

Der 17-Cent-Trick der Bundesregierung

KULTUR

Wenn der Kaiserpinguin zur Ente mutiert

Elizabeth II.: Die Illusions-Maschine

WHO der Lüge überführt

PODCASTS

Cicero Podcast Politik: „Die Lage an den Schulen ist dramatisch“

Cicero Podcast Politik: „Ohne die Zivilgesellschaft wäre die Demokratie tot“

Cicero Podcast Wirtschaft: „Die Schuldenbremse ist nicht schuld an unserer miserablen Infrastruktur“

CICERO +

Ein teures Vergnügen

Nabokovs Schmetterling

Der selbstverschuldete Niedergang des Iran